

Zwei Szenarien sind nun entscheidend für Krieg oder Frieden

Die Welt, 26. September 2022

Von James D. Bindenagel, Andreas Heinemann-Grüder



Eskalationsdominanz errungen: Ein Soldat der ukrainischen Nationalgarde feuert ein Flugabwehrgeschoss ab
Quelle: picture alliance / Photoshot

In Russlands Kriegsmaschine steckt der Kolbenfresser. Vor dem Hintergrund der veränderten Lage muss die Bundesregierung nun mit zwei Szenarien kalkulieren, schreiben unsere Gastautoren, ein Ex-Diplomat und ein Forscher. Das eine wäre äußerst langwierig. Das andere nuklear.

V

erteidigungsministerin Christine Lambrecht mahnt eine

militärische Führungsrolle Deutschlands an. Die forsche Rhetorik möchte übertönen, dass der Ukrainekrieg weiterhin mitnichten als unser Krieg behandelt wird. Nach wie vor soll das militärische Übergewicht Russlands nicht durch die Lieferung von Panzern, Kampfflugzeugen und Raketen, die Russland erreichen könnten, gestört werden.

Obschon die ukrainische Gegenoffensive demonstriert, wie schwer verwundbar Russlands Militär ist, handeln Kanzler Olaf Scholz und Lambrecht nach dem Sankt Florian-Prinzip: „Heiliger Sankt Florian, verschon mein Haus, zünd andre an!“

Hätte Deutschland von 2014 an, seit Juli 2021, als Putin der Ukraine das Existenzrecht absprach, und seit dem 24. Februar 2022 der Ukraine schwere Waffen geliefert, wäre Russland bereits gestoppt worden.

LESEN SIE AUCH

Mit der Teilmobilmachung stellt sich Putin selbst eine Falle

Weder die Nato noch die EU, geschweige denn Deutschland sind in Russlands Krieg gegen die Ukraine Kriegspartei. Wem ist die Ukraine einen toten Soldaten – am Hindukusch haben wir noch Deutschland verteidigt – oder gar das Ende der Ampelkoalition wert?

Die Furcht vor russischer Eskalation, das Primat wirtschaftlicher Interessen und die Vorstellung, eine europäische Friedensordnung sei nur mit Russland denkbar, tragen weiterhin zu jener Nachgiebigkeit bei, die Putins Aggression ermöglicht hat. Zwar hegt die deutsche Politik keine

Illusionen mehr über Russlands Vernichtungskrieg, aber wie darauf reagiert werden soll, bleibt unbestimmt.

Die Ukraine würde nicht mehr existieren, gäbe es nicht die USA und Großbritannien. Deutschland wird freilich auch in der Ukraine verteidigt, fällt sie, wird der Verteidigungsfall umso wahrscheinlicher. Das Sondervermögen Bundeswehr würde heute am besten in der Ukraine investiert.

Deutschland muss Führung übernehmen, und zwar durch die zügige Lieferung von Panzern, die Ausbildung ukrainischer Soldaten, bei der Einrichtung von Schutzzonen, bei der Verfolgung von Kriegsverbrechen und der diplomatischen Zusammenführung von Staaten des Südens. Der künftige Status Deutschlands wird durch sein Verhalten in diesem Krieg entschieden.

LESEN SIE AUCH

[Deutschland im Jahr 2050? Da hat Scholz eine bemerkenswerte Analyse parat](#)

Putin erwartet, dass er im Zermürbungskrieg den längeren Atem hat und erst der Westen, dann die Ukraine aufgibt. Putin hat kaum Grund zum Einlenken, solange er mehr Durchhaltefähigkeit zeigt.

Und so ist der Westen entweder bis Sommer 2023 politisch und wirtschaftlich zermürt und verhandelt zu Putins Bedingungen über die Anerkennung des militärischen Status quo, oder Putin steht derart mit dem Rücken zur Wand, dass er zwischen seinem eigenen Endspiel und einem letztlich unerreichbaren Sieg über die Ukraine entscheiden muss.

Strategische Vorausschau bedeutet, sich vorzustellen, was eintreten kann, und zu wissen, welche Ziele man wie erreichen will. Was will eigentlich die Bundesregierung? Eine Rückkehr zum Zustand vor dem Krieg von 2014? Es

müsste die Ukraine dazu militärisch ertüchtigen. Oder den Krieg möglichst bald beenden? Die Prioritäten sind andere.

Deutschland will nicht in den Krieg hineingezogen werden, nicht erpressbar sein, die globalen Auswirkungen des Krieges eindämmen und keine Destabilisierung Russlands infolge eines verlorenen Krieges. Doch auf welche Art von Nachkriegsordnung, auf welchen Frieden will die Bundesregierung hinwirken? Sollen die Ukraine und Russland gleichzeitig gewinnen, weil man Russland kein Versailles-Syndrom zumuten darf? Auf welches Szenario man hinarbeitet, beeinflusst, ob der Krieg mit oder gegen Putin zu einem Ende kommt.

Szenario eins: Niederlage der Ukraine

In diesem Szenario verliert die Ukraine. Russland eskaliert demnach den Krieg – mit Atomwaffen, der Freisetzung von Radioaktivität, massenhafter Vertreibung, der systematischen Zerstörung von Infrastruktur, einem Terrorregime in den besetzten Gebieten, mit der Kappung von Gaslieferungen und Hunger in Afrika als Waffe.

Russland verschärft die Welternährungskrise. Es treibt Menschen, deren Existenz hierzulande durch Rezession bedroht ist, mithilfe seiner Einflussagenten auf die Straßen westlicher Städte. Putins Regime testet ständig, ob es rote Linien im Westen gibt, die es nicht ignorieren kann. Jede Grenze, die nicht unmissverständlich gesetzt ist, bietet Gelegenheit zur Überschreitung.

Kurzum, wer sich auf einen Deal mit Putin auf Kosten des Selbstbestimmungsrechtes der Ukraine, Polens, der Balten, Moldawiens oder Georgiens einstellt, erhöht im Ergebnis nur die Wahrscheinlichkeit einer Ausweitung des Krieges.

Szenario zwei: Niederlage Russlands

Großmächte sind schon häufig trotz Atomwaffen und Materialüberlegenheit besiegt worden. Der strategische Einsatz von Ressourcen, hochpräzise Distanzwaffen, die Unterbindung des Nachschubs, Partisanenkriege, Cyberattacks und die Sanktionen können das Blatt auch zugunsten der Ukraine wenden. In Russlands Kriegsmaschine steckt bereits der Kolbenfresser.

Die Vorstellung einer Aufkündigung der Regimeloyalität mag als Wunschdenken erscheinen, und doch sind Volk und Putins Höflinge opportunistisch. Die jüngste ukrainische Gegenoffensive lässt sich in Russlands Medien nicht mehr verschweigen. Der großspurige Präsident Tschetscheniens, Ramsan Kadyrow, äußerte scharfe Kritik an Russlands militärischer Führung. Wenn Kadyrow den Verteidigungsminister bereits kritisieren darf, ist dieser angezählt.

In St. Petersburg wollen mehrere Abgeordnete Anklage gegen Präsident Putin wegen Hochverrats einreichen. Abgeordnete des Moskauer Stadtbezirks Lomonossow fordern den Rücktritt Putins. Erste Risse in der Regimeloyalität werden sichtbar.

Die Kritik kommt von Putin-Getreuen, nicht von der ohnehin eingesperrten oder ins Exil getriebenen Opposition. Die Sanktionen bringen den Preis des Krieges unweigerlich nach Hause, die soeben angekündigte Teilmobilmachung erst recht. Tausende Wissenschaftler, Journalisten, Informatiker und Ingenieure verlassen das Land. Der Ukraine-Krieg könnte das Endspiel des Regimes einleiten.

Eine bedingungslose Kapitulation Russlands mit einem Potsdamer Abkommen der Siegermächte ist illusorisch. Und doch kann Putin

militärisch, wirtschaftlich, außenpolitisch und massenpsychologisch so paralysiert werden, dass er sich zwischen einem Sieg in der Ukraine und dem Regimeerhalt zu Hause entscheiden muss. Eine Niederlage Putins erfordert die Fähigkeit zu militärischen Gegenschlägen, internationale Isolation, die Auferlegung von Reparationen und ein dauerhaftes Technologieembargo.

„Negativer Frieden“

Selbst Russlands Partner spüren seine Schwäche, darunter die Türkei, der Iran, China, Saudi-Arabien, die zentralasiatischen Staaten und Ägypten. Putin muss mittlerweile sogar im Iran und Nordkorea um Waffenlieferungen nachsuchen. Das russische Militär verfügt über Reserven an Waffen und Munition, aber Lützen, Lametta und die Huldigung des Führers zählen mehr als Führung durch Mission. Die Achillesferse des russischen Militärs sind seine starren Hierarchien.

Das Risiko, den eigenen Einsatz zu erhöhen, ist für Russland mittlerweile höher als für seine Gegner. Putin hat die Eskalationsdominanz verloren. Die Abwendung einer Niederlage avanciert bereits zum Selbstzweck.

Bisher wird der Krieg nicht vom Ende her gedacht. Ein „negativer Frieden“, d. h. die Beendigung der Kampfhandlungen, wird nur möglich, wenn es künftig Sicherheitsgarantien gegen Russland gibt. Dessen Fähigkeit zur militärischen Machtprojektion muss infolge des Krieges drastisch geschwächt werden.

Die internationale Staatengemeinschaft müsste den Frieden künftig wirksam garantieren – was sie bisher nicht will. Russland müsste mit entmilitarisierten Zonen, Schutz für humanitäre Konvois, freiem Zugang

für Beobachter und einer internationalen Kontrolle der russisch-ukrainischen Grenze in die Schranken gewiesen werden.

An dieser Front gewinnt Putin den Krieg gegen die Ukraine

Sollte der UN-Sicherheitsrat kein Mandat erteilen, könnte die EU eine friedenserhaltende Mission unter Beteiligung einer breiten Koalition der Willigen mandatieren. Solange Putin meint, für den Frieden könne er dem Westen eine Neutralitätsgarantie für die Ukraine abhandeln, wird er sich keine Grenzen auferlegen.

Seit Putins Krieg kann die Ablehnung einer Nato-Mitgliedschaft der Ukraine nicht mehr mit Sicherheitsinteressen Russlands begründet werden, sondern nur mit der Weigerung der Nato-Mitgliedstaaten, die Sicherheit der Ukraine zu garantieren.

Aufgrund der mangelnden Bereitschaft zu einer militärischen Beistandspflicht der Nato-Staaten besteht die einzige Chance auf Beendigung der Kampfhandlungen im vollständigen Debakel der russischen Kriegsführung. Putins Niederlage ist Europas und Russlands einzige Chance.

Robuste Garantien

Nur infolge einer Niederlage wird sich das Regime wandeln, öffnen und sich seinem Imperialismus, Militarismus und seiner Gewaltkultur stellen. Gegenüber Putins Russland ist nicht strategische Empathie gefragt, sondern strategische Vorausschau, die den Krieg vom Ende her denkt.

Ein Friedensabkommen wird mit Putin nicht mehr möglich sein, das von ihm repräsentierte Regime ist strukturell nicht friedensfähig. Ein Einfrieren des Konfliktes ist hingegen denkbar, allerdings nur, wenn Putin

keine andere Wahl mehr hat und die internationalen Sicherheitsgarantien für die Ukraine robust sind.



James Bindenagel
Quelle: Barbara Frommann



Andreas Heinemann-Grüder
Quelle: via Andreas Heinemann-Grüder

Der ehemalige U.S. Botschafter und Henry-Kissinger-Professor James Bindenagel lehrt und forscht als Senior-Professor am Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies (CASSIS) der Universität Bonn. Andreas Heinemann-Grüder ist als Politikwissenschaftler ebenfalls Professor an der Universität Bonn und am Internationalen Zentrum für Konfliktforschung Bonn.